

IFK aktuell

1/03 der Reihe Info-Aktuell zur Sicherheitspolitik

INSTITUT FÜR FRIEDENSSICHERUNG UND KONFLIKTMANAGEMENT
DER LANDESVERTEIDIGUNGS-AKADEMIE WIEN



Inhalt

- 3 Bestandsaufnahme der aktuellen Situation
- 4 Perspektive einer demokratischen Entwicklung
- 6 Militärspezifische Aspekte des US-Militäreinsatzes im Irak
- 9 Entwicklungsoptionen und Fahrplan zum Frieden

Irak - Ende einer Diktatur

Abbildung aufgrund von Copyright-Bestimmungen entfernt.

Ist der Sturz Saddam Husseins der Anfang vom Chaos? Die internationale Gemeinschaft steht im Nachkriegs- Irak vor enormen Herausforderungen.

Mit dem Einmarsch in Bagdad Mitte April 2003 setzten die USA einen vorläufigen Schlusspunkt unter die mehr als zehnjährige Konfrontation mit Saddam Hussein. Der schnelle Erfolg der Operation „Iraqi Freedom“ basierte dabei auf einem neuen Konzept des US-Militärs. Die instabile und gefährliche Lage im Irak versetzt die USA

und die internationale Staatengemeinschaft zunehmend in Handlungs-zwang. Um einen Rückfall oder neuerlichen Krieg zu verhindern, wird wohl ein jahrelanger, umfassender Friedenseinsatz unter maßgeblicher UN-Führung unverzichtbar sein.



September 2003

Impressum

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich:
Obst Dr. Walter Feichtinger
Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement

Eigentümer, Verleger und Hersteller:
LANDESVERTeidIGUNGSakADEMIE
Bundesministerium für Landesverteidigung
AG Stiftgasse 2a, 1070 Wien
Tel. +43-1-5200-40700

Gestaltung: Horst Berger

Herstellung: Vzlt Johann Jakob
Akademiedruckerei LVak, Wien

Nachdruck, auch auszugsweise, genehmigt

Bestandsaufnahme der aktuellen Situation

Regimewechsel als erklärtes Ziel der US-Regierung

Schon in den vergangenen zehn Jahren kam es mehrfach zu amerikanischen Versuchen, einen Militärputsch gegen Saddam Hussein zu organisieren, die jedoch vom irakischen Geheimdienst vereitelt werden konnten. Daraufhin setzten die USA vermehrt auf die Stärkung irakischer Oppositionsgruppen. Nach dem Fiasko von 1996, als während eines Putschversuches die Kurdische Demokratische Partei (KDP) sich mit den Irakern verbündete, um die Patriotische Union Kurdistan (PUK), ihre kurdische Konkurrenzpartei, aus dem Feld zu schlagen, schränkte die USA ihre Beziehungen zur irakischen Opposition erheblich ein.

Das Ziel, Saddam Hussein zu stürzen, wurde zwei Jahre später vom US-Kongress im Oktober 1998 mit dem „Iraq Liberation Act“ festgeschrieben. Die Befürchtung, dass Bagdad über Massenvernichtungswaffen verfüge und sie möglicherweise an internationale Terrororganisationen weitergebe, gaben den Ausschlag für die US-Militäroperation gegen den Irak.

Der Sturz Saddam Husseins - das Ende einer Diktatur

Der militärische Angriff der USA begann am 19. März 2003 mit dem missglückten Versuch eines „Enthauptungsschlages“ gegen die irakische Führung mittels Marschflugkörpern. Trotz einiger Schwierigkeiten beim militärischen Vorrücken auf Bagdad konnte die irakische Hauptstadt bereits am 9. April 2003 von den US-Truppen eingenommen werden. Wenige Tage später kontrollierten die amerikanischen und britischen Koalitionstruppen den Großteil des Landes. Die Schnelligkeit des alliierten Erfolges und deren geringe Verluste standen im Gegensatz zu vielen Prognosen, die eine „Entscheidungsschlacht“ und den Einsatz von Chemiewaffen vorhersagten.

Einer der Gründe für den raschen Erfolg lag in der Demoralisierung der irakischen Armee und der Republikanischen Garden. Auf stärkeren bewaffneten Widerstand stießen die Koalitionstruppen im „sunnitischen Dreieck“ von Bagdad, Tikrit und Ramadi, in dem sich auch der gestürzte Diktator noch aufhalten soll. Seine beiden Söhne, Uday und Qusay Hussein, wurden bei einer amerikanischen Militäroperation in dieser Region am 22. Juli 2003 getötet. Solange Saddam noch lebt geht eine gewisse Gefahr von ihm aus: Zum einen haben die Iraker Angst vor einer Rückkehr des Diktators; zum anderen scheinen seine Anhänger im Untergrund aus seinem Überleben eine gewisse Motivation für den Guerillakrieg zu schöpfen.

Äußerst prekäre Sicherheitslage im Irak

Die Reaktionen auf den Sturz Saddam Husseins waren wie erwartet: offene Freude bei den Kurden im Nordirak, Sorge bei der sunnitischen Bevölkerung im Zentralirak und Zurückhaltung bei den Schiiten im Süden des Landes. Die allgemeine Sicherheitslage verschlechterte sich nach dem Fall Bagdads, weil sich der Sicherheitsapparat und die Verwaltung auflösten. Dieses Sicherheits- und Machtvakuum nutzten einige Iraker zur Plünderung öffentlicher Einrichtungen und Museen. Diese Raubzüge konnten nur allmählich durch alliierte Kräfte unter Kontrolle gebracht werden, die diese negativen Auswüchse unterschätzt hatten.

Die Sicherheitslage im Irak wird durch Terroranschläge zusätzlich verschlechtert. Erste Anzeichen weisen darauf hin, dass der Irak zu einem Tummelplatz nicht nur ansässiger, sondern auch ausländischer Terroristen werden könnte. Nach Erkenntnissen der amerikanischen Militärführung im Irak sickern nämlich immer wieder islamische Fundamentalisten aus Syrien und dem Iran ein. Daher bezeichnet General John Abizaid, Oberbefehlshaber der amerikanischen Truppen am Persischen Golf, den Terrorismus auch als die größte Gefahr für den Wiederaufbau des Landes. Er meint, dass der Irak bereits zum „Zentrum des globalen Krieges gegen den Terrorismus“ geworden sei. Nicht zuletzt, um diese Entwicklung zu unterbinden, wäre eine breite internationale Koalition zur Stabilisierung des Irak zielführend.

Der stellvertretende US-Verteidigungsminister Paul Wolfowitz bezeichnet diesen Guerillakrieg als einen „Konflikt geringer Intensität“. Nach seinen Erkenntnissen werden Anschläge durch inländische Saddam-Anhänger sowie ausländische Fundamentalisten finanziert. So erhält ein Iraker für die Sabotage einer Stromleitung 200 US \$; für die Attacke gegen einen Amerikaner werden 500 US \$ geboten. Für die schweren Anschläge auf die jordanische Botschaft und auf das UN-Gebäude in Bagdad machen die Amerikaner jedoch vor allem Saddam-Anhänger verantwortlich. Die Unterstützung der Saddam-Anhänger kommt dabei wahrscheinlich von außen.

Die Siegermächte sind für den Irak verantwortlich

Nach dem Völkerrecht tragen die Koalitionskräfte die politische Verantwortung für den Irak. Sie haben für die Sicherheit der Bevölkerung und die Erfüllung staatlicher Grundaufgaben, wie etwa Bildung, Gesundheit und Energieversorgung, zu sorgen. Zu diesem Zweck erfolgte die Unterteilung des Irak in drei Zonen. Die Nordzone inklusive Bagdad steht unter Kontrolle der USA. Für den Zentralirak tragen die Polen die Verantwortung, und im Süden des Landes ist Großbritannien stationiert.

UN-Resolution 1483

Die UN-Resolution 1483 vom 22. Mai 2003 schreibt die Souveränität und die territoriale Integrität des Irak fest, wofür die Koalition die Verantwortung trägt. Ferner hat die internationale Staatengemeinschaft die Vernichtung der irakischen Massenvernichtungswaffen und die Abrüstung der konventionellen Streitkräfte beschlossen. Gleichzeitig wird dem irakischen Volk das Recht auf politische Selbstbestimmung zuerkannt, sobald die Sicherheitslage die Durchführung freier und demokratischer Wahlen erlaubt. Die Bodenschätze und natürlichen Rohstoffe des Landes sollen vom irakischen Volk verwaltet werden. Die alliierten Truppen übernehmen die Verantwortung für die Förderung der politischen Einigung der verschiedenen ethnischen, religiösen und politischen Gruppierungen, um eine repräsentative Regierung - auf der Grundlage von demokratischen und rechtsstaatlichen Normen - bilden zu können.

Die UN-Resolution 1483 sieht die Etablierung einer amerikanischen zivilen Verwaltungsbehörde mit der Bezeichnung „Coalition Provisional Authority“ vor, misst der UNO aber keine bedeutende politische Rolle im Irak bei. Sie spricht lediglich von einer „vitalen Rolle“ im humanitären Bereich und reflektiert damit die amerikanische Vormachtstellung im Irak.

UN-Resolution 1500

Am 14. August 2003 verabschiedete der Sicherheitsrat die Resolution 1500, die Resolution 1483 bestätigt. Mit UN-Resolution 1500 erfolgte die internationale Anerkennung des irakischen Regierungsrates (dazu unten) als ein entscheidender Schritt in Richtung einer demokratisch-repräsentativen Exekutivadministration. Darüber hinaus wird mit der Resolution auch die Rolle der UN-Sondermission im Irak definiert. Ob der verheerende Terrorangriff auf das UN-Büro am 19. August 2003 in Bagdad in Verbindung mit UN-Resolution 1500 steht, lässt sich nur vermuten. Die meisten Analytiker gehen davon aus, dass die Attentäter jede internationale Einflussnahme – auch die der Vereinten Nationen – im Irak unterbinden möchten.

Perspektive einer demokratischen Entwicklung

Coalition Provisional Authority und irakischer Regierungsrat

Die amerikanische zivile Verwaltungsbehörde wird von Paul Bremer geleitet, der das Amt von Generalleutnant Jay Garner übernahm. Der militärische Oberbefehlshaber im Irak ist Generalleutnant David McKiernan.

Bremer ist dem Büro für Wiederaufbau und humanitäre Hilfeleistung („Office of Reconstruction and Humanitarian Assistance“ – ORHA) im Pentagon berichtspflichtig. Das Ziel der Behörde ist der Wiederaufbau des Landes und seiner Institutionen, um „Bedingungen zu schaffen, in denen das irakische Volk frei über seine eigene politische Zukunft entscheiden kann.“ Ihre Arbeit wird dabei vom US-Militär unterstützt, welches die territoriale Integrität nach UN-Resolution 1483 gewährleistet. Als erste Maßnahme der zivilen Verwaltungsbehörde wurde die Baath-Partei Saddams verboten und ein 25 Personen umfassender Regierungsrat aus Vertretern der bedeutendsten irakischen politischen Gruppierungen mit einer monatlich rotierenden Präsidentschaft eingerichtet. Dieser Rat soll für stabile Verhältnisse im Irak sorgen und den Übergang des Landes zur Demokratie vorbereiten, damit die Macht wieder in irakische Hände gelegt werden kann. Die Bezahlung irakischer Verwaltungsbeamter sowie die Ausbildung von Polizeikräften zur Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit sollen zur Verbesserung der Lage beitragen.

Paul Bremer hat als Leiter der zivilen Verwaltungsbehörde ein absolutes Vetorecht gegenüber dem Regierungsrat. Sicherheitsexperten gehen allerdings davon aus, dass dies nur im äußersten Notfall zum Tragen kommen wird, um irakische Proteste zu vermeiden. Eine positive Einstellung zum Regierungsrat kommt vom bedeutenden schiitischen Kleriker Muhammad Bahrululoum, der öffentlich den Rat als „Ausdruck irakischen nationalen Willens“ bezeichnete.

Zusammensetzung des Regierungsrates mit rotierender Präsidentschaft

Entsprechend der ethnischen Zusammensetzung des Landes stellen die schiitischen Repräsentanten die Mehrheit im Regierungsrat. Neben den 13 Schiiten sitzen je fünf arabische und fünf kurdische Sunniten, eine Turkmenin und ein assyrischer Christ im Rat. Der Regierungsrat hat unter anderem die Aufgabe, Minister einzusetzen, ein neues Justizwesen aufzubauen, ein Gremium zur Ausarbeitung der neuen Verfassung zu ernennen und eine neue irakische Armee zu formieren.

Für die Ausarbeitung einer neuen irakischen Verfassung gibt es noch keinen festen Zeitplan. Auch das Fehlen einer klaren Führungsstruktur im Rat könnte den Demokratisierungsprozess erschweren. Ende Juli 2003 einigten sich der Regierungsrat und die zivile Verwaltungsbehörde auf einen monatlichen Wechsel des Vorsitzenden, dem auch die Funktion des irakischen Staatspräsidenten zukommt. Die Gründe für diese ungewöhnliche Regierungsform können einerseits auf die Uneinigkeit, sich auf einen gemeinsamen Präsidenten zu einigen, zurückgeführt werden. Andererseits kann damit eine mögliche Profilierung eines ambitionierten Repräsentanten verhindert werden. Der Kreis der Präsidenten wird von Masud Barzani (KDP), Dschalal Talabani (PUK), Abdulaziz al-Hakim (SCIRI), Ahmad Tschalabi (INC) Iyad Allawi (INA), Muhsin Abd al-Hamid (IIP), Muhammad Bahrululum, Adnan Patschatschi und Ibrahim Dscha'fari gebildet. Letztgenannter übernahm im August den präsidentialen Vorsitz.

Die Tragfähigkeit und Belastbarkeit des Regierungsrates, der sich aus Vertretern der verschiedenen Volks- und Religionsgruppen zusammensetzt, wird sich weisen.

Demokratisierung – eine Option mit Chancen

Der Übergang zu Demokratie und voller Souveränität kann erst gelingen, wenn die wichtigsten materiellen und infrastrukturellen Voraussetzungen (Elektrizität, Wasser, Schulbetrieb, Nahversorgung, etc.) erfüllt sind. Auf dem Weg zu demokratischen Verhältnissen ist die Lösung von zwei politischen Kernproblemen ausschlaggebend: Zum einen die Frage der kurdischen Autonomie, zum anderen die Machtbeteiligung der Schiiten im Süden.

Zur Frage der kurdischen Autonomie

Basis für den heutigen Irak ist im wesentlichen der Zusammenschluss der drei osmanischen Provinzen Mossul, Bagdad und Basra. Die kurdische Bevölkerung lebte überwiegend in der Gebirgsregion östlich von Mossul. Die Aktivitäten der kurdischen Unabhängigkeitsbewegungen führten zu mehreren schweren Kurdenaufständen und zu einem Sezessionskrieg in den 1960er-Jahren. Das weitreichende Autonomiestatut von 1970 wurde weder vollständig implementiert noch von den Kurden vollinhaltlich akzeptiert. Im Aufstand von 1974 wurde die gesamte nationalistische Bewegung zerschlagen und konnte sich erst im Zuge des Iran-Irak-Krieges (1980-1988) reorganisieren. Nach dem Golfkrieg 1991 und der Massenvertreibung von Kurden konnte sich schließlich eine kurdische Autonomieregion im Schutze der alliierten Flugverbotszonen bilden, die nach Luftangriffen der Iraker auf kurdische und schiitische Dörfer im Februar 1991 eingerichtet wurden. Dieses autonome Kurdengebiet wird auch als Experimentierfeld für eine Demokratisierung bezeichnet, das wegweisend für den gesamten Irak sein könnte.

Die kurdische Autonomiefrage steht daher in enger Verbindung mit den alliierten Bemühungen, den Irak zu demokratisieren. Zur Zeit ist die kurdische Autonomieregion zwischen zwei konkurrierenden säkularistischen Parteien in das Gebiet der Kurdischen Demokratischen Partei (KDP) mit Erbil als Hauptstadt und in das Gebiet der Patriotischen Union Kurdistan (PUK) in Suleymaniya aufgeteilt.

Schiitische Theologie und Demokratie

Die schiitische Theologie ist nicht von vornherein gegen Demokratie gerichtet. Da ohnehin jede irdische Autorität nur dem Messias zusteht, ist die Frage, ob eine Demokratie, Republik oder Monarchie eingeführt werden soll, nebensächlich und kann durchaus von „Laien“ gelöst werden. Diese sollten im Idealfall gute Muslime und gerechte Herrscher

sein. Traditioneller Weise halten sich die schiitischen Kleriker aus der Politik heraus, doch hat es immer wieder politisch äußerst aktive Ayatollahs, wie zum Beispiel den Iraner Khomeini, gegeben. Die meisten schiitischen Kleriker argumentieren, dass das iranische System nicht auf den Irak oder andere arabische Länder angewendet werden könne.

Das iranische Beispiel und vor allem die Ausschreitungen der 1980er-Jahre haben unter den Schiiten einen theologischen Diskussionsprozess zu Gunsten demokratischer Lösungsansätze ausgelöst. Auffällig ist, dass alle schiitischen Vertreter im Irak die Volkssouveränität in den Vordergrund stellen, womit die Grundlage für eine weitere demokratische Entwicklung gelegt ist. Sie befinden sich damit im Gegensatz zu islamischen Fundamentalisten sunnitischer Richtung, deren unduldsame und intolerante Interpretation des Islam in den Terrorismus geführt hat.

Für die schiitischen Kleriker ist mittlerweile auch die Trennung zwischen geistlicher Ordnung und dem Staatswesen denkbar. Dennoch sollte nicht angenommen werden, dass die Ayatollahs unpolitisch wären; den religiösen Führern geht es vielmehr darum, die islamischen Grundwerte in der Gesellschaft zu verankern. Die „politische“ Rolle der Kleriker sollte demnach die „Leitung und Überwachung“ der Komitees sein, die zur Zeit mit der öffentlichen Administration der Städte betraut sind.

Vier-Stufen-Plan einer Demokratisierung

Die Demokratisierung des Irak steht in engem Zusammenhang mit seiner nationalen Souveränität und territorialen Integrität, die die Koalitionsstreitkräfte zu garantieren haben. Als Teil des Demokratisierungsprozesses soll die volle nationale Souveränität über einen Vier-Stufen-Plan erreicht werden. Als erster Schritt ist die Wiederherstellung der inneren Sicherheit vorgesehen, die zweitens zu einer verbesserten Versorgung der Bevölkerung und grundlegenden öffentlichen Dienstleistungen im kommunalen Bereich führen soll. In der dritten Stufe soll die Schaffung günstiger ökonomischer Rahmenbedingungen eine positive wirtschaftliche Entwicklung des Irak herbeiführen. Diese drei Schritte werden als Voraussetzung für die vierte Stufe – die Herstellung demokratischer Verhältnisse – gesehen. Zur Unterstützung dieses Aufbauplans werden bereits Summen in Milliardenhöhe (US-Dollar) aus verschiedenen Quellen dem „Entwicklungsfond für den Irak“ („Development Fund for Iraq“) zugeführt.

Militärspezifische Aspekte des US-Militäreinsatzes im Irak

Führende Analysten und Fachleute beschrieben das US-Engagement im Sommer 2003 mit den Worten: *„Die USA haben den Krieg gewonnen, aber sie verlieren den Frieden!“*

Guerillakrieg im Irak nach dem Sieg der Alliierten

Die etwa 160.000 Soldaten der alliierten Truppen sind täglichen Angriffen ausgesetzt. Sie haben nach dem offiziellen Ende der Kampfhandlungen am 1. Mai 2003 mehr Verluste durch Feindeinwirkung zu verzeichnen als während des Krieges. Mit Stand 26. August 2003 verloren 139 amerikanische Soldaten ihr Leben. 63 davon wurden bei terroristischen Anschlägen irakischer Untergrundkämpfer getötet. Im Vergleich dazu starben während der Hauptkampfphase (19. März bis 1. Mai) 138 US-Soldaten, von denen 116 durch irakische Gegenwehr zu Tode kamen.

Von den derzeit 11.000 britischen Soldaten im südlichen Landesteil wurden nach offiziellen Meldungen 11 durch terroristische Attacken getötet. Über zivile und militärische Opfer auf irakischer Seite gibt es keine gesicherten Angaben. Nach ersten Schätzungen sollen während der Hauptkampfphase mehr als 7.000 Zivilisten und etwa 6.000 irakische Soldaten getötet worden sein.

Es ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht abzuschätzen, ob der bewaffnete Widerstand koordiniert und geplant erfolgt sowie nach militärischen Grundsätzen geführt wird, oder ob es sich nur um Einzelaktionen diverser Gruppierungen handelt.

Die Belastung der zur Friedenssicherung eingesetzten Soldaten ist enorm: Hitze, Übermüdung, Anschläge und Verluste von Kameraden bewirken einen Dauerstress. Die lange Abwesenheit von zu Hause und die Trennung von der Familie sowie die Angst vor Verwundung oder Tötung bewirken eine psychische Dauerbelastung und führen in manchen Krisensituationen zu Überreaktionen. Manche Kritiker sind der Auffassung, dass US-Soldaten für Friedenseinsätze unzulänglich ausgebildet sind.

Transformation der US-Streitkräfte ermöglicht raschen Feldzug

Die Ursachen für manche Probleme, mit welchen sich die US-Truppen nach dem offiziellen Ende der Kampfhandlungen konfrontiert sehen, wurzeln in der von US-



Alliierte Militärzonen im Irak

Grafik: IFK

Verteidigungsminister Donald Rumsfeld gegen den Willen der Armeeführung durchgesetzten Transformation der Armee. Für den Chef des Pentagon waren die Streitkräfte zu unflexibel und zu starr organisiert und in alten Doktrinen verhaftet. Er forderte daher kleinere und agilere Einheiten, die in der Lage sein sollten, Entscheidungen rasch herbeizuführen. Die Vernetzung der Kampfeinheiten mit einem zentralen „War Room“ unterstreicht Rumsfelds Vision von einer schlagkräftigen und schnellen Kampftruppe, welche die US-amerikanische Leitformel „Our army has to win wars“ bekräftigte.

Der Krieg in Afghanistan im Herbst 2001 war genau jener Krieg, den Rumsfeld zur Umsetzung und Bestätigung seiner Vorstellungen erwartet hatte. Damit wollte er beweisen, dass die Aufmarschplanung der Militärs zu starr und veraltet war. Rumsfeld wollte einen unkonventionellen Krieg mit dem Einsatz von Spezialkräften hinter den feindlichen Linien führen. Entgegen der bisherigen Taktik, mit schwerer Artillerieunterstützung anzugreifen, forderte er den Kampf der verbundenen Waffen mit dem schwergewichtsmäßigen Zusammenwirken der Bodentruppen und der Luftwaffe. Die größte Sorge vieler Generäle war, dass das Modell des Afghanistan-Krieges mit dem Einsatz von minimalen Bodentruppen für zukünftige Kampfhandlungen zum Modellfall würde.

Der US-Aufmarschplan war ein Kompromiss

Der Kampfplan für den Irak-Krieg forderte ein gleichzeitiges Ausschalten des Regimes von Saddam Hussein, den Schutz

der Ölquellen und der Infrastruktur, die Minimierung ziviler Kriegsopfer sowie die Schonung großer Teile der irakischen Armee, um diese beim Wiederaufbau einsetzen zu können. Diese Ziele sollten mit einer kleinen, gemischten Streitkraft und einer überwältigenden Luftüberlegenheit erreicht werden. US-General Franks, Kommandant der im Irak-Krieg eingesetzten Truppen, fand mit seinem Aufmarschplan einen Kompromiss, mit welchem die Vertreter beider Konzepte leben konnten: Ein Angriff mit nicht mehr als 100.000 Soldaten, aber Marschbefehl für eine viel größere Streitmacht, welche im Krisenfall die Bodentruppen verstärken könnten. Diese elegante Lösung gab Rumsfelds Konzept eine Chance und sollte dieses nicht funktionieren, würde man den Krieg eben nach der „alten“ Doktrin gewinnen. Der Krieg wurde militärisch mit der „neuen“ Form des operativen Einsatzes gewonnen, wobei paradoxerweise die Weigerung der Türkei, eine Nordfront errichten zu lassen, die Richtigkeit von Rumsfelds Überlegungen noch unterstrich.

Geringer Stellenwert der Friedenssicherung im neuen Konzept?

Es gab eine überraschend geringe Zahl von Verlusten während der Kampfhandlungen und die Ölquellen sowie die Infrastruktur konnten nahezu unbeschädigt in Besitz genommen und gesichert werden. Doch nach offizieller Beendigung der Kampfhandlungen am 1. Mai 2003 stellte sich heraus, dass zwar der Krieg mit der transformierten Armee

schnell gewonnen werden, das Nachkriegsszenario allerdings nur unzureichend bewältigt werden konnte. Es bleibt daher abzuwarten, ob jene führenden US-Politiker und Generäle mit ihrer kritischen Einschätzung, wonach mehrere Hunderttausend Soldaten zur Friedenssicherung im Irak gebraucht würden, Recht behalten. US-Verteidigungsminister Rumsfeld und sein Stellvertreter Wolfowitz bezeichnen die Gesamtstärke der US-Truppen von 146.000 Mann als ausreichend. Sie begründen dies mit einem Hinweis auf die Fortschritte bei der politischen Neuordnung des Landes, die wesentlich rascher voranschreite als im Kosovo, weshalb vergleichsweise weniger Soldaten benötigt würden.

zu reduzieren. Nach einer ersten Schätzung der zivilen Verwaltungsbehörde sollen sich die Kosten für die Besetzung und den irakischen Wiederaufbau für das Finanzjahr 2004 auf 22 Mrd. US \$ belaufen. Paul Bremer beziffert die Gesamtkosten für den irakischen Wiederaufbau mit etwa 100 Mrd. US \$. Schon jetzt kostet der Militäreinsatz den amerikanischen Steuerzahler monatlich 3,9 Mrd. US \$.

Personelle und finanzielle Entlastung der Koalitionsarmee

Neben den im Krieg bereits eingesetzten Truppen der USA, Großbritanniens und Australiens ist zusätzlich der Einsatz von 2000 polnischen, 2300 ukrainischen und 1200 spanischen Soldaten vorgesehen und größtenteils bereits im Gange. Der Versuch, weitere Staaten zu einer Beteiligung an der Friedenssicherung zu bewegen, stößt bislang auf wenig Bereitschaft. Um dies zu erreichen, scheint es aus US-Perspektive notwendig, entweder die NATO in die Pflicht zu nehmen oder den Canossagang zur UNO anzutreten. US-Präsident Bush wird im Lichte des anstehenden amerikanischen Wahlkampfes und seiner sinkenden Popularität gezwungen sein, die anscheinend vernachlässigte oder mangelhafte Planung der Friedensphase zu überdenken und erforderliche Anpassungen durchzuführen.

Eine Entlastung der amerikanischen Truppen ist aber nicht nur aus rein (innen)politischen Gründen zielführend, sondern auch, um die personelle und finanzielle Belastung für die USA

Entwicklungsoptionen und Fahrplan zum Frieden

Bei der politischen Neuordnung des Irak bestehen mehrere Probleme: Zum einen ist die amerikanische Zivilverwaltung mit einer überzogenen Erwartungshaltung der irakischen Bevölkerung konfrontiert, die sich eine rasche Stabilisierung des Landes und materiellen Wohlstand erhofft. Diese Erwartungen kann die zivile Verwaltungsbehörde nicht erfüllen, weil die prekäre Sicherheitslage die Wiederherstellung rudimentärer Infrastruktureinrichtungen verzögert. Zum anderen sind die politischen Verhältnisse zwischen den drei Volks- und Religionsgruppen (Schiiten, Sunniten und Kurden) nicht geklärt. Obwohl nach dem Zerfall der Saddam-Regentschaft bürgerkriegsähnliche Ausschreitungen zwischen den Volksgruppen ausblieben, warnen internationale Sicherheitsexperten vor einer nach wie vor latenten Feindschaft entlang religiöser und ethnischer Bruchlinien im Irak. Die innere Zerrissenheit der Schiiten verkompliziert die weitere Entwicklung des Landes zusätzlich.

Ein weiteres Problem besteht für die USA in ihrer militärischen Belastung durch den Einsatz am Persischen Golf und im Irak. Die derzeitige Stärke kann auf absehbare Zeit nicht signifikant verringert werden. Eine Reduzierung der Kräfte wird vom Pentagon jedoch angestrebt, um für andere Krisengebiete entsprechende Truppen bereithalten zu können. Zur Zeit vertreten amerikanische Sicherheitsexperten die Auffassung, dass eine simultane „Kriegsführung“ in zwei oder mehrer Konflikten für die US-Streitkräfte nur bedingt möglich sei.

Paul Wolfowitz sieht drei mögliche Optionen für die USA: Erstens die Fortsetzung der derzeitigen Strategie, die den amerikanischen Streitkräften die Hauptlast der Sicherungsaufgaben im Irak aufbürdet. Die zweite Option, bei der der UNO eine zentrale Rolle zukäme, erscheint aus amerikanischer Sicht nicht wünschenswert. Die USA befürchten, dass dadurch dem Iran „Tür und Tor“ zur Einflussnahme im Irak geöffnet würde. Daher gibt Wolfowitz einer dritten Entwicklungsmöglichkeit den Vorzug: Sie besteht in der Internationalisierung der Stabilisierungsbemühungen im Irak, wodurch zusätzliche alliierte Truppen für eine Entlastung der US-Armee sorgen würden. Wolfowitz forciert dabei die NATO als einen möglichen „Burden-Sharing“-Partner.

Für den amerikanischen Militäranalytiker Anthony H. Cordesman sind drei Entwicklungsszenarien im Irak denkbar: Erstens eine rasche Befriedung und ein schneller Aufbau des Landes, zweitens eine graduelle Verbesserung der Lage bei einer prekären Sicherheitslage im Zweistromland und drittens ein dritter Irak-Krieg. Von diesen drei Entwicklungsmöglichkeiten gilt die zweite als die wahrscheinlichste Option; zumal ein dritter Irak-Krieg sich gegen die irakische Bevölkerung richten würde und/oder einen Bürgerkrieg zwischen den Volksgruppen bedeuten könnte. Um den Irak zu stabilisieren, müssen die Alliierten seiner

Beurteilung nach binnen zwölf Monaten die Grundzüge eines föderalen Systems aufbauen. Sollte dies nicht innerhalb eines Jahres gelingen, dann wäre es auch nicht in 24 Monaten möglich, meint der Sicherheitsexperte. Aber selbst bei einer positiven Entwicklung in Richtung Demokratie und Marktwirtschaft würde die Lage im Irak in den nächsten Jahren von Unsicherheit und Risiken geprägt.

Über die zeitlichen Vorstellungen zur Demokratisierung des Irak gibt es nur vage Angaben. So sieht der Plan der zivilen Verwaltungsbehörde vor, bis zum Sommer 2004 einen Verfassungsentwurf zu erstellen. Auf Grund der prekären Sicherheitslage gehen die USA davon aus, dass eine Reduzierung der US-Truppen in den kommenden zwei Jahren nicht möglich sein wird.

USA und die internationale Staatengemeinschaft unter Handlungsdruck

Es wird notwendig sein, eine für die irakische Gesellschaft akzeptable politische Ordnung zu schaffen. Wie sich aus den Erfahrungen vieler Friedensoperationen ableiten lässt, stellt dafür die Herstellung eines sicheren Umfeldes die wichtigste Voraussetzung dar. Aus heutiger Sicht erfordert dies die Stationierung einer umfangreichen, multinationalen Friedenstruppe mit UNO-Auftrag, die mit der Unterstützung des Großteils der Iraker rechnen kann.

Der Frieden kann nicht gegen, sondern nur mit der irakischen Bevölkerung gewonnen werden. Sämtliche Maßnahmen haben sich an dieser Vorgabe zu orientieren. Dazu gehört beispielweise eine an die Lage angepasste, sukzessive Übertragung exekutiver und judikativer Aufgaben. Die Einrichtung des Regierungsrates und die verstärkte Einbindung irakischer Sicherheitskräfte können als Schritte in diese Richtung gesehen werden.

Die Stabilisierung eines Konfliktherdes erfordert eine abgestimmte Gesamtstrategie und viel Ausdauer, Einsatzwillen und Mittel aller Beteiligten. Eine überzogene Erwartungshaltung auf irakischer Seite, aber auch auf Seite der Koalitionsstreitkräfte, wirkt kontraproduktiv. Es erscheint daher wichtig, durch gezielte Informationstätigkeit ein realistisches Bild zu vermitteln und bestehende Probleme samt Lösungsansätzen darzustellen.

Mühsamer, intensiver Stabilisierungseinsatz erwartbar

Gesamt betrachtet kann man davon ausgehen, dass die internationale Staatengemeinschaft kein Interesse an einem neuerlichen Krieg im Irak haben kann. Über kurz oder lang ist daher eine Einigung zwischen der UNO, den „Kriegsverweigerern“ und den USA zu erwarten. Allen gemeinsam sollte es gelingen, Gewalteskalationen im Irak zu

verhindern und die Stabilisierung voranzutreiben. Übertriebene Erwartungen sollten dabei allerdings nicht angestellt werden. Erfahrungen aus vergleichbaren Situationen sowie die angeführten innerirakischen Spannungen und Probleme sprechen eindeutig gegen einen blühenden, demokratischen Irak binnen weniger Jahre.

Somit ergibt sich als realistisches Szenario ein jahrelanger, kosten- und kräfteintensiver Stabilisierungseinsatz der internationalen Staatengemeinschaft im Irak. Damit sollte es gelingen, einen Rückfall in frühere Zustände sowie den Zerfall des Staates zu verhindern. Durch ein abgestimmtes Verhalten und Vorgehen aller maßgeblichen Kräfte scheint es auch möglich, dem bewaffneten Widerstand mittel- bis langfristig den Boden zu entziehen und zu verhindern, dass der Irak zum „Tummelplatz“ für Terroristen wird.

Abgeschlossen mit 31. August 2003.

Autoren

Mag. Wolfgang Braumandl
Obst Dr. Walter Feichtinger
Dr. Walter Posch
Obst Mag. Karl Wohlgemuth

